



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62
Internet: www.rlp-brh.de

55118 Mainz
E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 4/2016

April 2016

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

die großen Überraschungen bei der Landtagswahl sind nach den Vorhersagen der Meinungsforscher weitestgehend ausgeblieben. Die amtierende Ministerpräsidentin startete zu Beginn des Jahres eine Aufholjagd gegen die führende CDU Kandidatin, kam auf 36.2 % der Stimmen und wurde mit ihrer SPD damit stärkste Fraktion im Landtag. Als Regierungschefin hatte sie einen Amtsbonus, und man kann davon ausgehen, dass es sich wie bei dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kretschmann um eine Personalwahl mit dem Amtsbonus handelte.

Der Abstieg der CDU, die im Herbst 2015 nach Meinungsumfragen noch bei 42 % lag, setzte sich zu Beginn des Jahres 2016 bis zu den Wahlen fort, und es gab mit 32.8 % das schlechteste Wahlergebnis aller Landtagswahlen. Neben der Flüchtlingspolitik der Kanzlerin dürften auch hausgemachte Fehler im Land den Absturz der CDU mit herbeigeführt haben.

Die FDP schaffte mit 6.2 % nach fünf Jahren den Wiedereinzug in den Landtag. Ein Desaster war das Ergebnis der Grünen, die mit 5.3 % nur noch knapp den Einzug in den Landtag schafften, gegenüber ihren 18 % bei den Wahlen 2011. Aus dem Stand kam die AfD auf 12.6 % und ist damit erstmalig im Landtag vertreten.

Zur Regierungsbildung führte die Ministerpräsidentin Dreyer zuerst Gespräche mit der FDP und den Grünen, eine Regierungsbeteiligung der CDU als Juniorpartner kam für die SPD aus grundsätzlichen Erwägungen offensichtlich nicht infrage. In der 16. Kalenderwoche wurden die Koalitionsvereinbarungen zwischen der Ampelkoalition SPD - FDP - und Grünen abgeschlossen. Der ausgehandelte Koalitionsvertrag von 138 Seiten enthält die wichtigsten Fakten für die Politik der nächsten 5 Jahre.

Eine Schlagzeile in der Regionalpresse zu den Koalitionsvereinbarungen lautete:

Die Sparmaßnahmen beginnen damit, dass man die Anzahl der Ministerien von acht auf neun aufstockt. Das ist offensichtlich den beiden kleinen Koalitionspartnern geschuldet. Denn FDP mit sieben Abgeordneten und die Grünen mit nur noch sechs Abgeordneten bekommen zwei Ministerien, dann kann sich die SPD mit 39 Abgeordneten nicht mit vier Ministerien abspesen lassen. Lassen sie mich ketzerisch sagen, wie die Grünen Abgeordneten eingesetzt werden; zwei Minister, dazu sicher zwei Staatssekretäre sowie einen Fraktionsvorsitzenden und einen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Damit sind die Posten alle verteilt und die Frage stellt sich, ist das nicht ein bisschen zu viel für die geschrumpften grünen Zwerge.

Eine Aufstockung auf fünf Ministerien ist für die Sozialdemokraten mit ihren 39 Abgeordneten nur logisch, aber es kostet auch Geld.

Die Frage der Ministerien ist offensichtlich geklärt. Inneres, Finanzen, Bildung, Soziales und das neu geschaffene Wissenschaftsressort gehen an die SPD. Die Freien Demokraten übernehmen ein Superministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft sowie das Justizressort. Die Grünen übernehmen das Familien- und das Umweltministerium.

Trotz der Aufstockung auf neun Ministerien will die Koalition 2 000 Stellen abbauen, allein bei den Ministerien und den Mittelbehörden wie der ADD und den Struktur- und Genehmigungsdirektionen sollen 600 Stellen eingespart werden. Hier beginnt wieder einmal die Trickserei, und das Lügenmärchen vom „schlanken Staat“ wird wieder verbreitet. In den vergangenen Monaten wurden verzweifelt Mitarbeiter für alle möglichen Tätigkeiten gesucht. Weil man die anfallenden Aufgaben nicht bewältigen konnte, wurde das Beamtenrecht geändert und Pensionäre wieder zum Dienst gebeten. Die Zahl der fehlenden Stellen wurde zum Beispiel vom Beamtenbund Rheinland-Pfalz auf ca. 1000 geschätzt.

Zahlen wurden auch für beabsichtigte Neueinstellungen veröffentlicht. So will die Koalition 270 Lehrer neu einstellen, die sicher auch gebraucht werden. Bei der Polizei sollen 2 500 Beamte in den nächsten fünf Jahren eingestellt werden. Hier ist jedoch zu berücksichtigen, dass starke Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Die Arbeit der neuen Regierung in der Personalpolitik sollte genau beobachtet werden.

Uneingeschränkt zu befürworten ist die Aufstockung der Mittel für den Straßenbau. Hier ist ein großer Nachholbedarf überall sichtbar. Auch der Lückenschluss der A 1 in der Eifel und die Planung einer Brücke im Mittelrheintal sind absolut notwendig. Aus diesem Grunde ist es schon gut, dass die „Grünen-Träumer“ nicht mehr so das politische Sagen haben wie in der Vorgängerregierung. In diesem Bereich wird sich auch zeigen, in wie weit die FDP zu ihren Aussagen steht.

Auch das umstrittene Thema Windkraft soll in der Koalition etwas anders behandelt werden. In der Vergangenheit war ich des Öfteren in Deutschland und Europa unterwegs. Nirgendwo habe ich so viele Windkraft-Stangenspargel gesehen wie in Rheinland-Pfalz. Die Ministerpräsidentin Dreyer müsste sich auf dem Weg von Trier nach Mainz ständig schämen, wenn sie sieht wie der Hunsrück verschandelt ist. Auf dem Weg von Kirchberg über Simmern bis Rheinböllen sind weit über hundert dieser Anlagen von einem Standort aus zu sehen. Gleiches gilt für die Fahrtstrecke von Bitburg nach Trier und in der Hoch- und Vulkaneifel. Einen Streitpunkt hat sich die Koalition mit der Aufspaltung der Landwirtschaft in - traditionell und ökologisch- zwei Ministerien eingehandelt.

Weitere Schwerpunkte des Regierungshandeln im Dreyer - Bündnis (so dpa und AFP) sind die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität, die Digitalisierung und das schnelle Internet.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr



Landesvorsitzender